

Rapperswil, 17. Juni 2020

Sehr geehrte Frau Ständerätin
Sehr geehrter Herr Ständerat

Medienförderung: Nichteintretensantrag BFOM

Sie befinden morgen über ein umfassendes Massnahmenpaket zugunsten der Medien. Der Verband Schweizer Online-Medien (VSOM) möchte ausschliesslich zum Bundesgesetz über die Förderung von Online-Medien (BFOM) Stellung nehmen. Dazu liegt Ihnen ein **Nichteintretensantrag** vor.

Wir bitten Sie, diesen zu unterstützen, denn das Vorhaben nimmt viel zu wenig Rücksicht auf den Medienwandel, der durch die Corona-Krise nochmals befeuert wird.

Unser Verband der freien Schweizer Online-Medien hat schon mehrfach in Stellungnahmen auf die Mängel der Vorlage hingewiesen. Dabei möchten wir auf folgende Eckpunkte aufmerksam machen:

- Über 60 % der Bevölkerung beziehen heute die News aus Online-Kanälen.
- Rund 70 % der Online-Aufrufe geschehen via Mobile.
- 23 % der Bevölkerung zählen zu den «oberflächlichen Global Surfern».
- Junge Menschen können ohnehin nur noch via Online erreicht werden.

Daraus folgt:

- Für die Informationsversorgung der Bürgerinnen und Bürger ist der Online-Kanal immer wichtiger.
- Die Verarmung der Medienszene aufgrund der Pressekonzentration und des massiven Bedeutungseinbruchs der Zeitungen zeigt sich vor allem im Lokal-Bereich. Demzufolge benötigen wir Medienvielfalt im Lokalen.
- Frau Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga sagte kürzlich auf dem Online-Portal «Republik»: *«... Daneben gibt es Angebote, die keinen ernsthaften journalistischen Anspruch haben und ihre Informationen verbreiten, um Klicks oder Werbung zu generieren...»*

Diese Vorgaben sind aus staats- und demokratiepolitischer Sicht kontraproduktiv, denn

- in erster Linie ist es für die Demokratie wichtig, **dass die staatliche und gesellschaftliche Information überhaupt an die BürgerInnen gelangt**,
- und zweitens: Eine Einfrau- oder Einmann-Redaktion, die z.B. in Disentis-Sedrun, in Kandersteg oder in Biel einen durch Werbung (teil- oder gesamt-)finanzierten Gratis-Online-Kanal betreibt, kann für das Funktionieren der Demokratie an diesen Orten genauso wichtig sein wie ein vom Staat mitfinanzierter Online-Dienst.

Kurzum: Es darf aus staatlicher Sicht nicht relevant sein, wie sich Online-Portale finanzieren. Wichtig ist: Die Gemeinden, Institutionen usw. müssen ihre Botschaften an die Bürgerinnen und Bürger bringen können und damit Sachgeschäfte, Kommunalwahlen usw. zur Diskussion stellen.

- Weiter führte Frau Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga aus: *«Klar ist, dass pro Franken, der vom Publikum eingenommen wird, maximal 80 Rappen vom Staat hinzukommen sollen...»*

Somit würden nur abonnierte Online-Medien gefördert werden. Ein solches Vorgehen **hätte die totale Medienverarmung in der Schweiz zur Folge**. Dies aus folgenden Gründen:

- Es würde die BürgerInnen faktisch dazu zwingen, kombinierte oder alleinstehende Zeitungs-/Online-Abonnements zu kaufen. Damit würde der Staat weniger begüterte BürgerInnen vom politischen Diskurs ausschliessen, **was unsozial wäre**. Ausgeschlossen wären auch all jene, die sich nur sporadisch mit der Lokalpolitik beschäftigen und ohne Gratis-Online-Dienste nicht erreichbar sind.
- Die geplante Medienförderung würde sich gegen unumstössliche Netz-Gewohnheiten richten, denn, nur 10 % der Web-Nutzer sind bereit, für Online-News zu bezahlen.
- Die Medienförderung würde die Gratis-Online-Portale ausschliessen, welche lokal kaum Abonnenten gewinnen können. Die arrivierten und subventionieren Verlage könnten im Gegenzug ihre Zeitungsausgaben ausdünnen und ihre Print-Abos in Online-Abos überführen.
Die nicht subventionierten Online-Portale hätten diesem Prozess nichts entgegenzusetzen; deren Markchancen würden gegen Null tendieren. Die Folge wäre die mediale Verarmung des Landes, insbesondere im sehr wichtigen lokalen Bereich.

Die Medienförderung darf nicht zu Marktverzerrungen führen, sie darf die BürgerInnen nicht faktisch zu Abonnements-Zahlungen zwingen, sie darf nicht weniger Begüterte und Internetsurfer vom staatlichen Diskurs ausschliessen. Und sie sollte sich nicht gegen die Medienvielfalt richten.

Wir möchten Sie darum bitten, die Vorlage abzulehnen.

Verband Schweizer Online-Medien (VSOM)

Der Vorstand



Bruno Hug
Präsident
linth24.ch



Roman Jäggi
Vorstand
soaktuell.ch



Stefan Millius
Vorstand
dieOstschweiz.ch



Jürg Huber
Vorstand
glarus24.ch